

# Ende der Ampel?

## Fakten und Meinungen



### Belastungsprobe

#### Mitgliederbefragung rollt auf uns zu

Von *Peter Pernsteiner*, FDP Zorneding

Seit Monaten quält viele Mitglieder der FDP die Frage „Hätten wir nicht schon längst aus der Ampel aussteigen sollen?“. Mit dem Wahlausgang am 8. Oktober hat sich diese Diskussion beispielsweise auch in unserem Kreisverband in einer WhatsApp-Gruppe intensiviert und die Meinungen liegen mitunter sehr weit auseinander. Jetzt spitzt sich dies noch mehr zu. So sammelten einige FDP-Mitglieder

aus Kassel kurz vor dem FDP-Landesparteitag in Amberg in einer Rundmail Unterschriften für eine Mitgliederbefragung bezüglich Ampel-Ausstieg. Allerdings wissen viele immer noch nicht, was eigentlich genau gefordert wird. Zudem startete auch ein „Gegenappell“.

In dieser neuen Ausgabe von „Liberaler Blick - News aus dem Landkreis Ebersberg“ wollen wir unsere Mitglieder und alle politisch interessierten Bürger

\* Titelbild: Dunkle Wolken brachten vor ein paar Tagen nicht nur nach Zorneding gewaltig Schnee. Dunkel könnte derzeit auch im übertragenen Sinn der Gemütszustand vieler FDP-Mitglieder sein.

informieren, worum es geht. Außerdem kommen zwei Mitglieder unseres Kreisverbands zu Wort und schildern ihre unterschiedliche Sicht der Dinge. Sobald wir den endgültigen Termin der Befragung und die Position unseres FDP-Bundesvorstands dazu erhalten, werden wir Sie dazu gesondert informieren.

## Antrag der FDP Kassel-Stadt

### Ampel beenden

#### Wortlaut des Antrags

Am 6. November 2023 haben Mitglieder der FDP Kassel-Stadt rund um den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Matthias Nölke in den sozialen Medien, auf der Homepage [www.ampel-beenden.de](http://www.ampel-beenden.de) und per E-Mail begonnen, Antragsformulare zu verbreiten. Darin heißt es:

Sie sind Mitglied der FDP und wollen ein Ende der Ampel-Koalition auf Bundesebene?

Dann sind Sie hier richtig! Denn [HIER](#) finden Sie dafür den entsprechenden Antrag.

Nach zahlreichen Landtagswahlen, bei denen wir herbe Niederlagen inkl. Verlust zweier Regierungsbeteiligungen in Schleswig-Holstein und NRW sowie Verlust der Landtagsfraktionen in Bayern, Berlin

und Niedersachsen, erlitten haben, ist es höchste Zeit, alle Mitglieder basisdemokratisch über den Fortgang dieser Koalition abstimmen zu lassen. Damit eine solche Befragung aller Mitglieder durchgeführt werden muss, werden mindestens 500 Anträge von Mitgliedern benötigt. Geregelt ist dies in § 21a der Bundessatzung der FDP. Leiten Sie diese Website also gerne an andere FDP-Mitglieder weiter. Im eigentlichen Antragsformular heißt es:

Antrag auf Durchführung einer Mitgliederbefragung nach § 21 a der Bundessatzung der Freien Demokratischen Partei.

Als Mitglied der FDP beantrage ich, dass der Bundesvorstand zeitnahe eine Mitgliederbefragung nach § 21a über den weiteren Verbleib der FDP in der „Ampel-Koalition“ mit SPD und Grünen im Bund durchführt.

Der Fragetext nach §21a Abs. 4 Satz 2 lautet:

**„Soll die FDP die Koalition mit SPD und Grünen als Teil der Bundesregierung beenden?“**, als Antwortmöglichkeiten sind „Ja“ und „Nein“ vorgesehen.

Am 23. November wurde bekannt, dass inzwischen mehr als 500 Anträge unterschrieben sind. Damit dürfte nun wohl tatsächlich eine entsprechende bundesweite Befragung der mehr als 75.000 FDP-Mitglieder ins Haus stehen.

## Gegenaufruf

### Freiheit braucht Verantwortung

#### Appell von 39 FDP-Mitgliedern aus ganz Deutschland

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe am 15.11.2023 zur Schuldenbremse hat sich die Diskussion zum Fortbestand der Ampel noch einmal verschärft. Vor dem Hintergrund der

**Impressum:** **Liberaler Blick** - News aus dem Landkreis Ebersberg  
Herausgeber: FDP-Kreisverband Ebersberg, [www.fdp-ebe.de](http://www.fdp-ebe.de)  
V.i.S.d.P.: Dr. Susanne Markmiller, Bucher Str. 2, 85614 Kirchseeon  
Redaktion/Layout: Peter Pernsteiner  
Fotos: Dr. Robert Harrison, Dr. Susanne Markmiller, Marco Peine, Peter Pernsteiner

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder. Die enthaltenen sachlichen Informationen können nur verkürzt dargestellt werden. Der Herausgeber übernimmt daher keine Haftung für unrichtige, unvollständige oder falsche Angaben. Nachdruck und Veröffentlichung von Beiträgen (oder Teilen von Beiträgen) aus dieser Zeitung nach Rücksprache kostenlos möglich. Dazugehörige Bilder können wir ebenfalls auf Anfrage in digitaler Form zur Verfügung stellen.

absehbaren Mitgliederbefragung zum Ampelausstieg appellieren nun seit 23. November 39 FDP-Mitglieder aus ganz Deutschland in ihrem Aufruf für den Fortbestand der Ampel. Er beginnt wie folgt:

In Europa herrscht Krieg. Die Zukunft unseres Zusammenlebens in Freiheit, unser Wohlstand und unsere Sicherheit stehen auf dem Spiel. Wer jetzt den Ausstieg aus der Koalition fordert, verkennt: Politik ist mehr als Umfragewerte und Taktik. Das verfehlt den Kern unseres Auftrags als Liberale.

Nach weiteren neun Absätzen endet er mit: „Wir sind erfolgreich, wenn wir über die Probleme der Menschen und unsere Lösungen sprechen und weniger über uns selbst. Wir halten es mit Karl-Hermann Flach: „Freiheit bedeutet für uns nicht Disziplinlosigkeit, sondern Pflicht. Liberal sein heißt nicht herrschen, sondern der Freiheit dienen.““

Der Wortlaut des Aufrufs steht auf der nachfolgend verlinkten Aktions-Homepage unter Verantwortung von Helmer Krane aus Bad Bramstedt:

**[www.Freiheit-braucht-Verantwortung.de](http://www.Freiheit-braucht-Verantwortung.de)**

## Kommentar 1 aus unserem Landkreis

Unser zweiter Vorsitzender der FDP Vaterstetten Marco Peine fürchtet, dass unser Land großen Schaden nimmt, wenn die FDP in der aktuellen Regierung bleibt und sich nicht endlich wieder auf ihre Kompetenzen konzentriert:

### FDP am Scheideweg

#### „Gibt es eine Zukunft in der Ampel?“

Von Marco Peine, FDP Vaterstetten  
[www.instagram.com/marco.peine.fdp](https://www.instagram.com/marco.peine.fdp)

Um es gleich vorweg zu nehmen: Ja - mir ist bewusst, dass ein Ausstieg aus der Ampel und Neuwahlen nicht zwangsläufig die Lösung aller Probleme sind. Eine neue Regierung und eine große Koalition machen nicht automatisch alles besser und das Risiko, eine rechtspopulistische Partei mit noch mehr Sitzen im Bundestag zu haben, sollte nicht das Ziel sein (wenngleich das in einer funktionierenden Demokratie der „Volksmeinung“ entspräche und man das ggf. auch „aushalten“ müsste).

Aber mal ehrlich: Wie weit wollen wir uns als FDP verbiegen und vor allem wie lange wollen wir zusehen, wie die aktuelle Regierung Deutschland weit mehr schadet, als dass sie zum Wohle des Landes beiträgt? Können wir noch zwei Jahre zusehen wie die Staatsverschuldung unglaubliche Höhen erreicht und ein nicht unerheblicher Teil des Bundeshaushaltes bald nur noch für Zins und Tilgung verwendet wird und nicht mehr für die liberalen Themen zur Verfügung steht, die wir uns sonst so auf die Fahne schreiben"? Beste Bildung, Digitalisierung, Modernisierung, Technologieoffenheit... Ich erinnere hier auch an die Freiburger Thesen, die für viele Liberale der Grund sind, warum sie überhaupt in der FDP sind: Subsidiaritätsprinzip,



Marco Peine ist seit 2018 FDP-Mitglied und ist 2. Vorsitzender der FDP Vaterstetten.

Ordnungspolitik, Geldwertstabilität, Haushaltsdisziplin, Soziale Marktwirtschaft...

### Wo stehen wir in diesen Fragen?

Deutschland, das einstige Land der Ingenieure, steht am Scheideweg. Nicht Innovation und Zukunftsprojekte werden gefördert und erleichtert, sondern stattdessen 5000 neue Arbeitsplätze für die Verwaltung der Kindergrundsicherung, die Zuwanderung in die Sozialsysteme und die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft mit all ihren Vorteilen für Menschen, die noch nie in unser Sozialsystem eingezahlt haben und vieles mehr.

„Der Staat kümmert sich um alle (auch im Ausland) und lässt niemanden im Stich“, so Bundeskanzler Scholz. Das wollen wir aber nicht und das können wir uns mittelfristig auch nicht mehr leisten! Es ist dann auch nicht mehr das freie, liberale und gerechte Land, in dem ich leben möchte, für dessen Werte ich Unternehmen aufgebaut sowie viele Arbeitsplätze geschaffen habe und in dem ich mir eine lebenswerte Zukunft für meine Kinder wünsche. Jetzt ist die Zeit zu handeln, um den Schaden, den diese Regierung angerichtet hat, zumindest so weit zu begrenzen, dass er durch eine neue und qualifiziertere Regierung (ohne die Grünen) repariert werden kann. Und da muss ich als Liberaler, aber vor allem auch als Deutscher und Europäer, sagen: Hier steht mir das Wohl des Landes vor dem Wohl unserer Partei! Ich stimme hier aber auch Dr. Wolfgang Heubisch zu: Neuwahlen bedeuten nicht zwangsläufig, dass die FDP dann als APO zuschauen muss. Viele Wählerinnen und Wähler werden das als einen starken und selbstlosen Schritt sehen und auch an der Wahlurne positiv bewerten.

Deshalb die Frage zum Abschluss:

Warum warten und nicht jetzt die Ampel beenden?

## Kommentar 2 aus unserem Landkreis

Unser FDP-Kreistagsmitglied und ehemaliger Kreisverbandsvorsitzender Alexander Müller hat sich zum Thema Ampel ebenfalls Gedanken gemacht, die zum Nachdenken anregen:

### Neuwahlen sind keine Lösung „Sich der Verantwortung stellen“

Von Alexander Müller, FDP Kreisrat

[www.facebook.com/AlexanderMuellerEbersberg](https://www.facebook.com/AlexanderMuellerEbersberg)

In einer Staatskrise läuft man eigentlich nicht aus der Verantwortung davon, sondern bringt als verantwortlicher Finanzminister jetzt erst mal konkrete Lösungsvorschläge auf den Tisch wie der Haushalt 2024 und die nötigen Investitionen gesichert werden. Und mit konkret meine ich nicht schwammige Formulierungen über Bürokratieabbau und Digitalisierung. Erst wenn es dann für diesen Haushalt keine Mehrheit gibt, kann am Ende ein Bruch der Ampel erfolgen.



Alexander Müller war von 2013 bis 2021 Vorsitzender des FDP-Kreisverbandes Ebersberg und ist seit 2014 für die FDP im Kreistag.

Die Krise ist aber auch eine Chance, in der Lindner zeigen kann, was in einem steckt!

Das schnelle Aussetzen der Schuldenbremse für 2023 war jetzt leider der einzige Weg um den Haushalt 2023 rechtssicher zu machen. Das sind auch keine neuen Schulden, sondern Geld, das bereits ausgegeben wurde, aber laut Verfassungsgericht aus unsauberen Töpfen außerhalb des eigentlichen Haushalts. Eine Heilung des Haushalts ist nach dem

Verfassungsgerichtsurteil auch nur im laufenden Haushaltsjahr bis 31.12. möglich. Da blieb nicht viel Wahl. Spannend wird: wie sieht die Lösung für die kommenden Haushalte aus. Man muss sich auch mit der Union zusammenraufen, wenn man nach Lösungen für die vor uns liegenden Haushalte nach dem Verfassungsgerichtsurteil sucht. Dieses Urteil gilt ja nicht nur für den Bundeshaushalt, sondern auch für die Haushalte vieler Bundesländer.

### **Wieder wegkommen vom Gießkannenprinzip**

Vorrangig sind dabei Einsparungen und der Abbau von Subventionen. Aber nur dadurch lassen sich die fehlenden Milliarden für die dringenden Investitionen in unsere marode Infrastruktur (Straße, Schiene, Digitalisierung, Schulen, Bundeswehr) wohl nicht bewerkstelligen.

Wir müssen daher wieder wegkommen von dem seit Corona vorherrschenden Gießkannenprinzip und Anspruchsdenken, dass der Staat alle Lebensrisiken der Bürger absichern muss. Beispielsweise kann der Staat doch nicht für jeden Bürger (abgesehen von Härtefällen) auf Dauer gestiegene Heiz- und Energiekosten ausgleichen. Da geht unser Staat kaputt und jede Eigenverantwortung geht flöten.

Dies gilt auch für die Industrie. Wir können nicht auf Dauer einen subventionierten Strompreis für Großunternehmen festlegen, den der Staat und damit wir als Steuerzahler bezahlen. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Energiekosten generell wieder international wettbewerbsfähig werden – auch für den kleinen Bäckereibetrieb, für die Arztpraxis und für den klassischen Einzelhandel. Nur wenn wir Gießkannensubventionen abbauen und dafür sorgen, dass sich Arbeit deutlich mehr lohnt, als sich in der sozialen Hängematte auszuruhen, bekommen wir unseren Staat wieder in den Griff.

### **Neuwahlen keine Lösung**

Aus liberaler Sicht bin auch aus mehreren Gründen gegen Neuwahlen:

**Erstens** steht dann das Überleben (5%) der FDP bereits jetzt und nicht erst in zwei Jahren auf dem Spiel.

**Zweitens** kann ich als Liberaler kein Interesse haben, eine rechte Partei mit über 20 Prozent und dazu auch noch eine linke Populistenpartei (Sahra Wagenknecht) bereits jetzt sicher in den Bundestag zu bringen.

Abgesehen von deren antidemokratischen Gesinnungen werden Koalitionen der bürgerlichen Parteien damit immer schwieriger.

**Drittens** geht es um den liberalen Kern unserer Verfassung. Wir leben in einer repräsentativen Demokratie und nicht in einer „Stimmungsdemokratie“. Ein Parlament ist auf vier Jahre gewählt und danach kann der Bürger abrechnen, wie mit seiner Stimme in dieser Wahlperiode umgegangen worden ist.

Eine von Medien und sozialen Netzwerken (mit teilweise dubiosen Strippenziehern) angeheizte Stimmungsdemokratie ist nicht liberal, sondern führt am Ende zum Gesinnungsterror durch die Straße. Geschickte Populisten nutzen dieses dann für ihre Machtambitionen (Putin, Erdogan etc.).

Liberaler Vorstellungen sind dann tatsächlich nicht mehr gefragt.

Statt uns aus der Verantwortung zu stehlen, müssen wir jetzt die Staatskrise lösen und damit auch die Demokratie stärken!!!



Alexander Müller auf einer Kreistagssitzung im Herbst 2023.